

Wien, am Freitag, den 7. Dezember 1928 Dritte Ausgabe.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 7. Dezember 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Es wird der Rechnungsabschluss für das Jahr 1927 in Verhandlung gezogen. Stadtrat Breitner leitet die Generaldebatte ein, indem er darauf hinweist, dass man sich bei Beurteilung des Haushaltsplanes einer so grossen Körperschaft wie es die Gemeinde Wien ist, die ausserordentlichen Schwierigkeiten die sich der Aufstellung eines solchen Planes entgegenstellen berücksichtigen müsse. Tut man das, wird man zugeben müssen, dass wir bei Aufstellung für das Jahr 1927 es an der nötigen Voraussicht und Einschätzung nicht haben fehlen lassen. Bei den Einnahmen ergibt sich eine Differenz von nicht ganz zehn Prozent, angesichts der Vielfältigkeit der Steuern und der Unberechenbarkeit mancher dieser Steuern gewiss kein hoher Grad von Fehlerhaftigkeit. Berücksichtigt man, dass in dieser Differenz auch jene Summe steckt, die auf die Ertragsanteile auf die Einhebung der Gebühren, die wir vom Bunde erhalten und auf die Immobiliargebühren entfällt, Beträge, die wir aus dem Bundesvoanschlag einfach übernehmen müssen, ohne sie überprüfen zu können, so reduziert sich die Differenz auf nicht ganz vier Prozent. Noch günstiger ist das Verhältnis bei den Ausgaben, wo sich die Differenz zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss auf nicht ganz eineinhalb Prozent stellt. Diese Ziffern zeigen, dass unserem Budget wirklich innere Wahrhaftigkeit zukommt.

Im Rechnungsjahr 1927 haben sich bei den Gemeindesteuern Mehreinnahmen von 12'1 Millionen Schilling ergeben, das ist ein Plus von 7 Prozent gegenüber dem Voranschlag. Die grösste Differenz ergibt sich bei der Wertzuwachsabgabe, die mit 6 ein halb Millionen eingesetzt und bei der wir 11'3 Millionen vereinnahmt haben. Diese Differenz ist aber bei dem Zufallscharakter dieser Abgabe erklärlich. Bei der grössten Steuer der Fürsorgeabgabe hat sich eine Steigerung von nur zwei Prozent ergeben, woraus sich angesichts des Rückganges der Arbeitslosigkeit der Schluss ableiten lässt, dass die Lohnbewegungen in Industrie, Handel und Gewerbe im Rechnungsjahre nur geringe Erfolge gehabt haben.

Stadtrat Breitner bespricht sodann die Ziffern des Rechnungsabschlusses für die einzelnen Verwaltungsgruppen und weist dabei insbesondere darauf hin, dass sich die einzige wirkliche einschneidende Verminderung der Ausgaben im Wohnungswesen ergeben hat, weil im Zusammenhang mit den Witterungsverhältnissen die Erfüllung des vorgesehenen Wohnbauprogrammes sich als unmöglich erwiesen hat. Statt der präliminierten 118'4 Millionen Schilling wurden nur rund 94 Millionen verausgabt. Damit im Zusammenhang steht, dass statt der 150'9 Millionen die für Investitionen veranschlagt wurden nur 124'3 Millionen für Investitionen verwendet wurden.

Der Kassabestand mit dem das Verwaltungsjahr 1927 abschliesst beträgt 65,924.100 Schilling. Das Rechnungsjahr hat mit einem Kassabestand von 64,482.985 Schilling begonnen. Es ist also scheinbar ein Zuwachs zu verzeichnen. Wenn aber die üblichen Bankzinsen zurechnet, so ergibt sich, dass in Wirklichkeit eine Verminderung eingetreten ist.

Zum Schlusse erklärte Stadtrat Breitner, dass mit Rücksicht auf die sehr geringfügigen Differenzen zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss wohl behauptet werden könne, dass der Voranschlag seinerzeit mit der notwendigen Sorgfalt und Vorsicht auf-

gestellt worden ist (Lebhafter Beifall und Handeklatschen bei der Mehrheit).

GR. Zimmerl (E.L.) anerkennt zunächst, dass der Rechnungsabschluss rechtzeitig vorgelegt, die verlangten Ausweise geliefert wurden und dass gegenwärtig auch an dem Inventar gearbeitet wird, so dass im nächsten Jahr vorgelegt werden kann. Aus dem Rechnungsabschluss ergibt sich, dass trotz der kleinen gewährten Ermässigungen weder bei den betreffenden Steuern selbst noch im Ganzen eine Minderausgabe eingetreten ist. Im Abbau der sozialisierten Wirtschaftsführung in den einzelnen Betrieben gehen sie radikal vor, indem sie einzelne der Betriebe der privatkapitalistischen Wirtschaft überantworten um die Arbeiter und Angestellten los zu werden. Unsere Erfolge sind da noch recht bescheidene, aber wir werden diesen Kampf mit Zähigkeit fortführen. Gemeinderat Zimmerl bespricht sodann die Ziffern des Rechnungsabschlusses im Einzelnen. Der Voranschlag weist ein Defizit von 56'6 Millionen auf die wirkliche Kassagebarung ergibt einen Ueberschuss von 1'4 Millionen, und zieht man den Ueberschuss von 12'7 Millionen hinsichtlich der Einnahmen-Rückstände und der Ausgabenrückstände in Betracht das heisst nimmt man an, dass Ende 1927 alles abgewickelt worden wäre, so würden die Kassabestände 78'6 Millionen ergeben.

Der Rechnungsabschluss bietet aber keine Gewähr für eine Kontrolle Ihrer Geb. ung, da er durch ein paar Gemeinderatsbeschlüsse nach Belieben konstruiert werden kann. Sie führen zwei Buchhaltungen, die eine für den Gemeinderat, die zweite für Stadtrat Breitner. Breitner und das Kontrollamt ist mit dem Rechnungsabschluss zufrieden, die Tatsache aber, dass der Voranschlag mit einem Defizit abschloss, der Rechnungsabschluss aber bedeutende Ueberschüsse aufweist, ist der schlagendste Beweis dafür, dass der Voranschlag nicht mit der notwendigen Sorgfalt erstellt worden ist. Die nächsten Ausführungen des Redners beschäftigen sich mit dem Kontrollamtsbericht. Dieser ist sehr unklar gehalten, soweit er über Wahrnehmungen zu berichten gehabt hätte. Ueber Wahrnehmungen bezüglich der Steuereintreibung und über die Entwicklung des Steuerwesens weist das Kontrollamt überhaupt nichts zu sagen. Der Bericht über den Wohnbau ist mehr als dürftig, über die Schlussrechnungen schweigt sich der Bericht überhaupt aus. Ebenso dürftig sind auch die Wahrnehmungen über die städtischen Betriebe. Es ist klar, dass bei diesen Bericht ein Zensor mitgewirkt hat. Wir anerkennen die erfolgreiche Tätigkeit des Kontrollamtes, die aber durch ein schlechtes System, durch das System der Unaufrichtigkeit der Mehrheit dieses Hauses, gehemmt wird. Alle Beamten stehen unter einem Druck, so auch die Beamten des Kontrollamtes. Der Chef des Kontrollamtes ist nicht der Kontrollamtsdirektor, sondern Stadtrat Breitner. Solange sich das Land Wien weigert, sich der Kontrolle durch den Obersten Rechnungshof zu unterziehen, müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass Ihre Gebarung keine Ueberprüfung verträgt.

In den letzten sechs Jahren hat sich die Gemeinde Wien um eine Milliarde Schilling oder zehntausend Milliarden Kronen bereichert. Wien ist reich, die Bevölkerung aber ist arm, Ihre Wirtschaft bedeutet einen allgemeinen Ruin. Der Rückgang des Brotkonsums ist dafür ein trauriger Beweis. Der Redner bespricht sodann die Bilanzen der städtischen Unternehmungen. Die Wipac hat mit einem Stammkapital von hunderttausend Schilling einen Reingewinn von 444.000 Schilling erzielt. Wir haben seinerzeit darauf verwiesen, dass es angezeigt wäre, bei solchen Riesigen Reingewinnen auch für die Angestellten etwas zu tun. Unsere Anregung hat Erfolg gehabt, denn es wurde für die Angestellten und Arbeiter der Wipac ein Wohlfahrtsfonds von zehntausend Schilling gewidmet, dem dann jährlich zweitausend Schilling, gewiss ein viel zu kleiner Betrag, zugeführt werden.

Zweiter Bogen.

Bei den Ybbstaler Steinkohlenwerken ergibt sich ein Abgang von 9'3 Millionen, ein Betrag der auf dem Umwege über die Elektrizitätswerke von der Gemeinde erstattet wurde, um aus der Sache herauszukommen. Dem Herrn de Majó, der eine Forderung von 2'8 Milliarden hatte, wurden Werte von 6 Milliarden ersetzt. Diese Liquidation ist das aufgelegteste Skandal. Der Betrieb der Wiener Ost- und Gemüse A.G. wird trotz eines Verlustes von 4'8 Milliarden weitergeführt. Der Rathauskeller ist sang- und klanglos begraben worden. Ganz unsinnige Verluste von 2'2 Milliarden haben sich bei dem Weingeschäft ergeben, da die Begünstigung der sozialdemokratischen Weinbauer durch den Marra Mantastl dazu geführt hat, dass die sauersten Ladhüter geliefert wurden. Man könnte die Firma "Gemeinde Wien, städtische Kasererwerke protokollieren (Lebhafte Heiterkeit bei der E.L.) Wenn man all das bedenkt und auch den Umstand, dass sich eine Bereicherung der Gemeinde um eine Milliarde Schilling in 6 Jahren<sup>er</sup> gibt so kann man nur fragen: Bevölkerung Wiens wie lange kannst Du eine solche Wirtschaft ertragen. Lebhafter Beifall bei der E.L. Redner wird beglückwünscht.

GR. Dr. Wagner (E.L.) weist die Behauptung des Finanzreferenten, dass das Budget innere Wahrhaftigkeit aufweise unter Hinweis darauf zurück, dass der Abgang des Jahres 1927 der mit etwas über 56'5 Millionen Schilling veranschlagt war, tatsächlich nur 7'4 Millionen<sup>betragen</sup> ergeben hat. Der Voranschlag des Jahres 1927 ist offensichtlich mit Rücksicht auf die damals bevorstehenden Wahlen erstellt und darum die Einnahmen ausserordentlich niedrig und die Ausgaben ausserordentlich hoch präliminiert worden. Dr. Wagner bestreitet die Behauptung des Finanzreferenten, dass die Einnahmeüberschreitungen nur 4 Prozent betragen, in dem er bemerkt, dass für den Finanzreferenten gar kein Zwang bestanden hat die Ertragsanteile der Gemeinde sohin zu nehmen wie sie im Bundeshaushalt enthalten sind. In Wirklichkeit machen diese Überschreitungen mehr als zehn Prozent aus. Sodann beschäftigt sich Dr. Wagner mit den einzelnen Ziffern des Rechnungsabschlusses. Bei der Wertzuwachsabgabe einer ganz widersinnigen Steuer, weil sie statt von einem Wertzuwachs von einer Wertverminderung eingehoben wird beträgt die Einnahmeüberschreitung 42'5 Prozent. Interessant ist, angesichts der Tatsache, dass sich die Sozialdemokraten immer als Gegner des Arbeitsloseneinkommens hinstellen der Umstand, dass sich Einnahmen von 152'3 Milliarden aus Zinsen von aushaftenden Darlehen und aus den den Betrieben zur Verfügung gestellten Krediten ergibt. <sup>Welch</sup> geringes Interesse die Mehrheit an der Förderung des Fremdenverkehrs hat zeigt die

Tatsache, dass die dem Fremdenverkehr belastenden drei Abgaben 364'7 Milliarden betragen, während nur Ausgaben von 3'5 Milliarden gegenüberstehen. Mit der Steuer auf Ankündigungen und Anzeigen im Ausmass von 50'7 Milliarden werden Handel und Gewerbe ausserordentlich belastet. In Besprechung der Ausgabeziffern des Rechnungsabschlusses weist Redner auf die erheblichen Minderausgaben für die wirkliche soziale Fürsorge hin. In Wirklichkeit wird nur der Bevölkerung gegenüber mit den ungeheuren Ausgaben des Wohlfahrtsbudgets geprunkt, das zwar eine sehr grosse Anzahl von Rubriken aufweist, in den wirklichen Wohlfahrtspositionen aber sehr geringe Beträge enthält. Während in dem Wahlwerbungsbudget des Jahres 1927 die grosszügige Wohnbaupolitik der Gemeinde plakatiert wurde, hat sich im Jahre 1927 eine fast dreissigprozentige Verminderung der Ausgaben für Wohnungszwecke ergeben und nach dem Eingeständnis, dass in einer überstürzten Weise nicht weitergebaut werden und dass durch die normale Bautätigkeit der Wohnungsbedarf nicht befriedigt werden kann, wird, wenn die Mehrheit die Wohnbaupolitik wirklich ehrlich führen will, das Jahr 1928 einen Wendepunkt in der Wohnbaupolitik und auch in der Ertragspolitik der Häuser darstellen müssen. Bezeichnend ist es, dass für die städtischen Bäder um etwa 417.000 Schilling weniger ausgegeben wurde. Dr. Wagner verlangt auch, dass alles getan werde um den Donauhafen auf den Stand voller Konkurrenzfähigkeit zu bringen und dass <sup>Erbauung der</sup> diesem Zweck auch die Donaukanalbrücke im XI. Bezirk über alle kleinlichen Zänkereien zwischen Bund und Gemeinde dienen müsste. Er kritisiert doess die grossen Ueberschreitungen bei den Grundankäufen und verlangt eine Erhöhung der Ausgabe post für die Verbesserung der Approvisionierung. Während für die vollständig überflüssige und nur politischen Unfrieden stiftende Gemeindegewache 1'7 Millionen hinausgeworfen worden sind, <sup>sind</sup> für die wichtige Institution der städtischen Feuerwehr im ganzen 330.000 Schilling ausgegeben worden. Dr. Wagner beschäftigt <sup>sich</sup> sodann mit der Bilanz der städtischen Unternehmungen und stellt fest, dass die Abschreibungen bei den 6 Unternehmungen rund 89 Millionen, die gesamten Rücklagen etwas mehr als 22 Millionen Schilling betragen und dass sowohl darin sowie in der Unterpräliminierung des Anlagewertes der Unternehmungen ungeheure Reserven versteckt sind. Zum Schlusse stellt Dr. Wagner fest, dass wie sich aus dem Rechnungsabschluss ergebe, die Budgetpolitik des Jahres 1927 im Stile einer billigen Wahlpropaganda vor sich gegangen sei und dass dem Voranschlag für dieses Jahr Voraussicht und innere Wahrhaftigkeit fehle (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Vierter Bogen.

GRtin. Schlössinger (E.L.) führt nun aus: Ich will mich mit den Ursachen beschäftigen, die zu den Zuständen in Eggenburg geführt haben. Mit der Übernahme der Anstalt durch die Gemeinde setzte ein grosses Reformwerk ein. Es begann ein harter und erbitterter Kampf gegen die Religion. Die Klosterfrauen wurden aus der Anstalt gewiesen, die Kruzifixe entfernt. Ein Bediensteter namens Horneck, der heute nicht mehr in der Anstalt ist, trat die Kruzifixe gar mit Füssen. (Lebhafte Hört! Hört! fufe bei der Minderheit). Es wird zwar noch Religionsunterricht erteilt, aber er ist ins Austragstüberl verwiesen worden. Der Katechet ist von jedem tieferen Einfluss auf die Jugend ausgeschaltet. Wiederholt wurde dem Katecheten von den Zöglingen zugerufen: Wir brauchen keine Religion, wir sind Sozialdemokraten! (Pfuirufe bei der Minderheit). Es kommt sogar zu Gotteslästerungen. Der Katechet stellte einmal an die Zöglinge die Frage: Wer war Christus? Als Antwort tönte ihm entgegen: Das war genau so ein Falott wie Du! (Grosser Lärm bei der Minderheit). Diese Antwort zeigt nicht nur, wie die Zöglinge über die Religion denken, sondern auch welcher Ton gegenüber den Erziehern herrscht. Erzieher werden von den Zöglingen geschlagen. Der Direktor gibt den Erziehern die Schuld und sagt, sie verstünden es nicht mit den Zöglingen umzugehen. Er gibt den Zöglingen nur sanfte Ermahnungen. Die Güte darf aber nicht in Schwäche ausarten. Der sittlich Haltlose verlangt nach einer Autorität. Direktor Heeger ist ein Utopist der in einem Wolkenkuckusheim schwebt. Er ist ein Theoretiker. Wenn Diebstähle vorkommen, begründet er sie mit Neugierde der Zöglinge (Heiterkeit). Zuviel Freiheit erzeugt eben Frechheit und Zügellosigkeit. Es ist auch ein Uding, diese Zöglinge freierumlaufen zu lassen. Darüber beschwert sich die Eggenburger Bevölkerung am allermeisten. Freilich, parteipolitisch werden ganz schöne Erfolge erzielt. Zöglinge und Erzieher ziehen mit dem Sowjetstern geschmückt herum. Stetige Erziehung wird politische Verhetzung geleistet. Stadtrat Tandler hat auch bereits eine Untersuchung durch einen Beamten vornehmen lassen und dem Gemeinderat würde der Bericht sehr interessieren. Wir haben aber kein Vertrauen zu einer solchen Untersuchung und beantragen daher, dass eine parteimässig zusammengesetzte Kommission des Gemeinderates die Zustände an Ort und Stelle untersucht und dem Gemeinderat darüber berichtet. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit).

GR. Pfeiffer (E.L.) erklärt, dass Stadtrat Tandler in liebenswürdiger Weise den Mitgliedern des zuständigen Gemeinderatsausschusses Legitimation zum Besuch der Anstalten gegeben hat. Wenn aber jeder einzelne Gemeinderat diese Besuche machen will, so würde das die Beamten der Anstalt zu sehr in Anspruch nehmen. Niemand könne dies verlangen. Aber es ist nicht nur ein Wunsch der Opposition, sondern auch vieler Mitglieder der Mehrheit, dass diese Anstalten korporativ besucht werden. Der Antrag auf Einsetzung einer gemeinderätlichen Untersuchungskommission sei wärmstens zu begrüssen, weil erst dann der Gemeinderat die Möglichkeit hat, festzustellen, ob das, was in dem Dringlichkeitsantrag gesagt wird, den Tatsachen entspricht.

St. R. Dr. Tandler bemerkt, dass zu einer Sorge und zu einer dringlichen Behandlung der Angelegenheit gar kein Grund verliere. Die Anstalt hat sich als wir sie übernahmen, des denkbar schlechtesten Rufes erfreut. Sie war eine typische geschlossene Anstalt im alten Sinn des Wortes. Nach den Dienstvorschriften machte der Aufseher den Dienst mit Stock und Revolver (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Ein Erziehungssystem moderner Art ist in dem alten Geist nicht durchführbar. Wir haben den Stock und Revolver abgeschafft, wir haben die Aufseher abgeschafft, deren Qualifikation zur Jugenderziehung in einer 12jährigen Militärdienstzeit bestand, wir haben für die Erziehung Fürsorger und Fürsorgerinnen, Lehrer und Lehrerinnen bestellt

Wir haben ein anderes System eingeführt, wir sind davon ausgegangen, dass wenn aus den dort untergebrachten Jugendlichen Menschen werden sollen, sie eine gewisse Freiheit haben müssen. Das jede Form der Freiheit ihre Mängel und Auswüchse hat, ist selbstverständlich. Aber wenn hier und da ein Fehler vorgekommen ist, so bedeutet der nichts im Vergleich zum erzielten Fortschritt. In der Anstalt sind lauter Jugendliche untergebracht, die uns vom Jugendgericht übergeben wurden. Sie scheinen sich aber vorgestellt zu haben, dass dort ein Gentlemenklub eröffnet wird. Wir hätten uns gedacht, dass erwachsene Menschen, dass Volksvertreter nicht nur eine Papierdeckel-Liebe für diese jungen Menschen haben, sondern dass sie wirklich wissen, um welche Summe von Elend es sich handelt (Stürmischer Beifall und Handeklatschen bei der Mehrheit). Es heisst, dass Kästen erbrochen wurden. Aus der früheren Zeit haben wir ganze Bände von Strafprotokollen. Es sind auch zwei alte Revolver gestohlen worden, es ist aber gar nicht erwiesen, dass das Anstaltsjungen waren. Die Kassa von der in der Interpellation die Rede war, ist in Wirklichkeit eine kleine Kasette. In der Anstalt ist für Unterrichtszwecke ein einziges Giftpräparat vorhanden das nicht gestohlen worden sein kann, weil das Glas uneröffnet in der Anstalt ist. Dann sind Feldfrüchte und Obst gestohlen worden. Das soll auch sonst vorgekommen sein. Wenn alle von uns die je Obst gestohlen haben nach Eggenburg kommen müssten, müsste diese Sitzung in Eggenburg stattfinden. (Schallende Heiterkeit). Dafür ist die Anstalt dreimal aufgekommen. Was würden Sie sagen, wenn die Anstalt das nicht gezahlt hätte? Was die in der Interpellation behaupteten politischen Umtriebe betrifft, so liegt eine Verfügung des Anstaltsleiters über ein Ausgangsverbot für die Zeit vom 6. bis 8. Oktober vor, und dieses Verbot ist unter strenger Kontrolle eingehalten worden. Militärische Übungen von Anstaltszöglingen haben nie stattgefunden dagegen Wahlübungen der Heimwehr Eggenburgs und sonstiger Selbstschutzformationen weshalb auch der Bürgermeister von Eggenburg ersucht wurde, derartige Übungen in der Nähe der Anstalt zu verbieten. Es wurde auch die Behauptung aufgestellt, dass der Direktor mit der Bevölkerung im Konflikt steht. Vor mir liegt ein Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Eggenburg, in dem er ausdrücklich betont, dass das Verhältnis der Anstalt zur Stadt ein ausgezeichnetes ist. Auch das Einvernehmen mit der Gendarmerie ist ein gutes. Der Vorstand des Bezirksgerichtes bestätigt ebenfalls, dass das Verhältnis zwischen Bezirksgericht und Anstalt ein sehr gutes ist. Was die behauptete Religionsstörung anlangt, so liegt die Aussage des Katecheten vor, der angibt, dass weder der Direktor, noch sonst ein Bediensteter irgendwelche antireligiöse Tendenzen verfolgt hat. Ja, der Katechet schreibt, dass er auf allen Seiten jederzeit grösstes Entgegenkommen findet. Der Sowjetstern, von dem hier in so aufsehenerregender Weise berichtet wurde, hat sich bei näherer Betrachtung als ein Abzeichen der Esperantisten entpuppt (Grosse Heiterkeit). So, wie in diesem Dringlichkeitsantrag über die Anstalt geredet wurde, darf nicht gesprochen werden. Wir haben gar kein Geheimnis und bekennen Fehler ganz offen. Gegen diese Art von Interpellationen muss sich aber jeder ernste Mensch entschieden verwahren. Wir führen dort eine Erziehungsanstalt unter den schwierigsten Verhältnissen. Das weiss jedermann. Wir können auch den Antrag auf Einsetzung einer Kommission nicht zustimmen, weil der Gemeinderat in diese Anstalt kein Tribunal entsenden kann. Es handelt sich um depravierte junge Menschen, die durch eine solche Art der Untersuchung in ihrer Phantasie zur Lügenhaftigkeit erzogen werden würden. Wir sind bereit das ganze Material vorzulegen und wollen gerne, wenn noch etwas zu untersuchen sein sollte, dies tun. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).

GR. Gschlacht (E.L.) bespricht eingehend die Ertragnisse der einzelnen Steuern, wobei er erklärt, dass alle ruinöse Wirkungen zeigen. Sie sind klassische Zeugen dafür, welcher Verwesungsgeruch von den Steuerblüten Breitners ausgeht. Der Redner spricht dann über die Personalpolitik. Die Angestellten müssen die Gemeinde bestürmen, damit diese nur die Notdurft des Lebens halbwegs befriedigt. Für die Personalpolitik ist nur das parteipolitische Geschäft massgebend. Es ist eine Schande, dass sich die Gemeindeverwaltung nicht geschämt hat, ganze Gruppen von Angestellten zu Konfidenten herabzudrücken. Die Angestellten werden gezwungen in Stundenhotels und in Dingelängels zu gehen, um Spitzeldienste zu leisten. Ein eigenes Kapitel ist die Wohlfahrtspolitik. Insbesondere im Subventionswesen kann festgestellt werden, dass grosse Summen von Steuergeldern ausschliesslich fast für parteipolitische Zwecke verausgabt werden. Was da geschieht, ist Missbrauch der Amtsgewalt. Auch das Schulwesen der heutigen Gemeindeverwaltung verträgt sich nicht mehr mit der Kulturmission unseres Volkes. Die jüngst ausgegebenen Republikbücher sind das geschmackloseste, das man sich vorstellen kann. Der Redner nimmt nun zum Kontrollamtsbericht Stellung. Als das Kontrollamt seinerzeit geschaffen wurde, hat sich der Verband der städtischen Angestellten und seine Führer gegen die Aufstellung des Kontrollamtes sehr gewehrt. Schulz und seine Trabanten versuchten die Aufstellung des Kontrollamtes systematisch zu hintertreiben. Das Kontrollamt kann seine Aufgabe nicht erfüllen, wenn sich auch seine Funktionäre in der Arbeit erschöpfen. Wir müssen daher verlangen, dass sich auch das Land Wien der Kontrolle durch den Obersten Rechnungshof unterwerfen. Der Rechnungsabschluss ist eine Schande und eine Befleckung der Geschichte unserer Vaterstadt. (Beifall bei der Minderheit).

Die Generaldebatte über den Rechnungsabschluss wird nun abgebrochen. Es wird ein Dringlichkeitsantrag der Gemeinderätin Schlössinger (E.L.) verhandelt, der sich mit der Erziehungsanstalt Eggenburg beschäftigt. Der Antrag wendet sich gegen das Erziehungssystem in dieser Anstalt, das die alltäglichen Defekte der schwer Erziehbaren und gefährdeten Jugendlichen statt zu beheben, in missverstandener Freiheit in die Zügel schiessen lässt. Die von der Direktion hochgepriesene "Selbstverwaltung" der Zöglinge, äussert sich in Diebstählen, Einbrüchen, politischen Umtrieben, Ueberfällen in einem Ausmass, das die Anstalt heute zum Schrecken von Eggenburg und Umgebung geworden ist. Der Antrag führt nun aus, dass während der Hauptferien eine Reihe von Kasten in den Lehrzimmern von Zöglingen erbrochen und die darin gefundenen Bücher verkauft wurden. Vdreijigen Wochen verschwand auch eine grosse Partie von Decken, Wäsche und Kleidern. Zur Erntezeit sind Diebstähle von Obst und Feldfrüchten an der Tagesordnung und wiederholt wurden von den Zöglingen die Kapellen verwüstet. Der Antrag spricht ferner von einer in der Anstalt herrschenden marxistischen Erziehung und von Ueberfällen der Zöglinge auf die Bevölkerung von Eggenburg. Es wird verlangt, dass der Gemeinderat zur Untersuchung der Verhältnisse eine sechsgliedrige, nach dem Proporz aus der Mitte des Gemeinderates zu wählende Kommission einsetze, die an Ort und Stelle Erhebungen pflegen soll und dem Gemeinderat zu berichten hat.

Gemeinderätin Schlössinger begründet die Dringlichkeit. Sie selbst habe in Eggenburg Informationen eingezogen. Vertrauenswürdige Menschen sagten übereinstimmend aus, dass die Zöglinge von Eggenburg geradezu schon den Schrecken der Stadt Eggenburg bilden. Eine Wehrlose gefändete Jugend zu erziehen, ist eine schwere, aber auch undankbare Aufgabe. Dass die meisten Jugendlichen Besserungsfähig sind, das hat die alte Besserungsanstalt Eggenburg gezeigt. Die Erziehungsanstalt Eggenburg aber weist heute beispiellose Misserfolge auf. Die Zöglinge stehlen, plündern, zerstören, bedrohen wehrlose Menschen in ihrer Sicherheit, ja die Eggenburger Frauen wagen es nicht einmal mehr, abends auf die Strasse zu gehen. Im Laboratorium wurde Gift gestohlen, in der Schlosserei fertigen sich die Zöglinge Nachschlüssel und Dolche an und beim Turnen üben sie Fassadenklettern. So hilflos der Direktor im pädagogischen Hinsicht den Zöglingen gegenübersteht, so generös ist er in der Auszahlung von Schweigegeldern, damit ja nichts in die Oeffent-

Richtigkeit kommen soll. Die tiefe Sorge um die Jugend, die Furcht, dass diese als Verbrecher die Anstalt verlassen, haben uns bewegt, diesen Dringlichkeitsantrag einzubringen. (Beifall bei der Minderheit).

Fünfter Bogen.

GRtin Dr. Motzko erwidert auf die Ausführungen des Stadtrates Professor Dr. Tandler. Sie stellt fest, dass auch in den Ausführungen des Stadtrates Professor Dr. Tandler die Fakten in der Hauptsache nicht geleugnet worden sind. Die Diebstähle wurden nicht geleugnet, es wurde sogar zugegeben, dass zwei Revolver gestohlen worden sind, und auch die Ueberfälle wurden nicht geleugnet. Es wurde auch nicht der Beweis erbracht, dass der Ueberfall auf die Frau Silberbauer nicht von Zöglingen ausgeführt worden ist. Das eben hätte die Untersuchungskommission aufklären sollen. Es kommt ja darauf an, was die Frau Silberbauer selbst aussagt, wenn sie nicht, was zu befürchten ist, weil Familienangehörige von ihr Angestellte der Anstalt sind, sie selbst auch unter Schweigepflicht steht. Ich bedaure es, dass der Bürgermeister von Eggenburg ein Christlichsozialer ist, und wir werden noch an anderer Stelle darauf zurückkommen. Dieser Bürgermeister von Eggenburg hat es nicht für notwendig gefunden, auf die verschiedenen Anklagen, die in der Presse aufgeschienen sind, einzugehen und zu sagen, sie seien nicht richtig, ich weiss es besser, es ist nicht wahr. Auch der Ueberfall auf ein Kind mit einem Dolch hat stattgefunden, das Kind wurde verletzt und es hat sogar zu einer Gerichtsverhandlung gekommen. Was den Sowjetstern anlangt, so sage ich Ihnen, Herr Stadtrat Tandler, dass Sie selbst auch nicht an den Sowjetstern glauben. Der Herr Professor Tandler hat betont, dass das alte System durch Reformen geändert worden ist, dass früher die Jugendlichen gefesselt der Anstalt überstellt worden sind und die Aufseher mit Stock und Revolver ausgerüstet waren. Er hat aber dabei übersehen, dass diese Jugend von damals eine kriminelle war. Damals waren auch in der Anstalt 900 Zöglinge. Ich gebe zu, dass vieles vom alten System heute schon vielleicht veraltet ist, das eine aber steht fest, dass die Zöglinge von damals in das bürgerliche Leben hineingefunden haben, dass sie gebessert worden sind, was man von den heutigen Zöglingen nicht behaupten kann. Sie haben durch die Taktik des Direktors Heeger jedes Autoritätsempfinden in der Anstalt zertümmert. Das System der Bezahlung gibt ebenfalls zu grossen Bedenken Anlass. Wenn die Dinge so harmlos wären, würde und hätte der Direktor die Beträge ohne die Diebstähle zu untersuchen nicht so leicht hergegeben. Die religiösen Übungen in der Anstalt bedeuten sogar wie nichts, Sie setzen an Stelle religiöse Erziehung den religiösen Hass. Die Erziehungskosten in den Anstalten sind unheimlich hoch. Sperren Sie Ihre Anstalten zu und geben Sie die Kinder in unsere charitativen Anstalten. (Lachen bei der Mehrheit). Zu Berichten haben wir nach unseren Erfahrungen kein Vertrauen, es muss eine genaue Untersuchung durchgeführt werden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Rummelhardt (E.L.) gibt seinem Erstaunen darüber Ausdruck, dass sich Stadtrat Tandler gegen die Untersuchungskommission ausgesprochen hat. Pädagogische Gründe können die Sozialdemokraten dagegen nicht anführen, da sie im Jahre 1920 durch Kommissionen an einer Reihe von Anstalten Untersuchungen durchgeführt und an die Leute Fragen gestellt haben. Durch Ihre Weigerung erwecken Sie den Eindruck als ob noch mehr vorgekommen wäre, als behauptet wird, und sie bringen dadurch die Verwaltung in ein schiefes Licht. Ihre Aufgabe müsste es sein, die irreführte Jugend auf den Weg des Rechtes zu führen und sie zur Achtung des Gesetzes Gottes zu erziehen. (Beifall bei der E.L.)

ST. R. Tandler stellt in seinem Schlusswort fest, dass er eine hochnotpeinliche Untersuchung durch Kommissionen für verfehlt halte, dagegen bereit sei, Magistratebeamte, die solche Untersuchungen gewohnt sind, die Untersuchung zu übertragen und das ganze Material dem zuständigen Ausschuss zu übertragen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag wird abgelehnt. Schluss der Sitzung 22<sup>30</sup> Uhr.